

**Heraus mit den Steuerungs-
zulagen!**

Ein Notschrei der Staatsangestellten.
Von Paul Pogatschnigg,

Domann des Reichsbundes deutscher Postler Oesterreichs.
Bebor das Abgeordnetenhaus auf Sommerferien ging, erinnerte es sich noch der darbedenden Angestellten des Staates, und der Antrag des Staatsangestelltenausschusses, der neben verschiedenen sonstigen Notstandsmaßnahmen eine Erhöhung der derzeit in Geltung stehenden Steuerungszulagen um 50 v. S. beschloß, wurde vom Plenum angenommen. Es war dies ein sogenannter „Resolutionsantrag“, der mit den Worten beginnt: „Die Regierung wird aufgefordert...“ Wer nun glaubt, daß ein vom ganzen Hause angenommener Aufforderungsantrag von der Regierung auch ausgeführt werden muß, kennt die Geheimnisse des österreichischen Parlamentarismus nicht. Die hohe Regierung ist über den Beschluß des ebenso hohen Hauses hinweggegangen und hat Vorschläge unterbreitet, die nur mit einer 25prozentigen Erhöhung der Steuerungszulagen verbunden sind, trotzdem die Vertreter der Staatsangestelltenschaft dringend eine 100prozentige Erhöhung forderten, wenn dem Glend, insbesondere in den niederen Kategorien, halbwegs abgeholfen werden soll. Nun warten die Staatsangestellten, warten, ob sie 25, 50 oder 100 v. S. ihrer Zulage erhalten. Selbst wenn die fünfundzwanzigprozentige Zulage heute ausbezahlt werden würde, wäre sie durch eine neue Steuerung bereits wertlos geworden, denn das Brot — vom täglichen Brot darf man längst nicht mehr reden — ist inzwischen so teuer geworden, daß sogar der Preis dieses für einen staatlichen Festangestellten bald unerschwinglich sein wird.

In einer Zuschrift der Ortsgruppe Bozen des Reichsbundes deutscher Postler Oesterreichs an ihre Bundesleitung in Wien heißt es: „Die Antwort auf den Antrag, die Steuerungszulagen zu erhöhen, hat uns die Regierung prompt und sofort in der Form einer nahezu hundertvierundzwanzigprozentigen Erhöhung der Brot- und Mehlpreise gegeben. Die Verstimmung der ganzen Beamtenschaft, ja der ganzen Bevölkerung, ist allgemein und läßt hierzulande einer sehr großen Besorgnis-Raum.“ Was die deutschen Postler in Bozen schreiben, sagen die Staatsangestellten in ganz Oesterreich und dennoch rührt sich keine Ministerhand. Nicht mit Unrecht staunt man in vielen Kreisen über die Geduld, mit welcher die Staatsangestellten ihr dornenvolles Schicksal ertragen. Fast hat es den Anschein als würde die Regierung diese Lammsgeduld in Rechnung ziehen und deshalb die in Aussicht gestellte allzu bescheidene Hilfe hinauschieben. Aber diese Berechnung rächt sich, wenn es auch nicht lärmend zum Ausdruck kommt, schon jetzt. Mancher Gehalt muß jetzt ausbezahlt werden, ohne daß hierfür eine Arbeit geleistet wird. Die Zahl der Erkrankungen nämlich nimmt von Tag zu Tag zu, und es ist keine Seltenheit mehr, daß in einem Amt mit einem Personalstand von hundert Leuten — 20 bis 30 im Krankenstand geführt werden! Erkrankungen sind aber nicht allein ein materieller Schaden für den Staat, sondern sind die Folgen weiterer Schäden am ganzen Organismus. Will man wirklich achlos an diesen Dingen vorbeigehen?

Dit wurde den Organisationsführern geantwortet, daß höhere Steuerungszulagen gleich verpuffen, da höhere Staatsausgaben einen höheren Notenumsatz bedingen, und dieser wieder den Geldwert verringert und dadurch die Steuerung erhöht. An der Logik dieser Ausrede ist nicht zu zweifeln, aber wir sehen, daß im Panunotenumlauf kein Stillstand eintritt, trotzdem die Verordnungen bezüglich der neuen Steuerungszulagen noch gar nicht erschienen ist. Wenn es der Regierung Ernst ist, mit der Verbesserung der Lage ihrer Angestellten — nein! mit der Lage der ehrlich arbeitenden Verufe überhaupt — dann kann sie auch ohne Notpapierverschwendung zu Geld

kommen. Aber Mut gehört hiezu, der Mut, eine Vermögenszuwachssteuer im großen Stile einzuführen, welche unsere Finanzwirtschaft heilt.

Die kleinen Staatsangestellten können aber ohne zusammenbrechen nicht länger warten, bis der mutige Mann kommt. Sie machen keine „passive Resistenz“, wenigstens dort nicht, wo die Führer im deutschen Lager stehen, denn diese haben sie aufgeklärt, daß Streiks in der jetzigen Kriegszeit eine indirekte Unterstützung unserer Feinde wären, durch deren Erstarken gerade der Staat samt seinen Angestellten geschwächt werden würde. Die deutschen Gewerkschaftsführer wollen und wünschen Oesterreichs Sieg und Oesterreichs Größe. Gerade deswegen darf aber auch ihr Notschrei kein Ruf in der Wüste sein und gerade deswegen ist es eine Pflicht der staatlichen Ehre und der Selbsterhaltung, wenn wenigstens die vom Parlament genehmigten Anträge des Staatsangestelltenausschusses gleich durchgeführt werden.